



Bielefeld: Wegen der Impfpflicht drohen Kliniken Probleme



■ **Bielefeld.** Vom 15. März an müssen Beschäftigte im Gesundheitswesen geimpft sein. Sind sie es nicht, kann das Gesundheitsamt ein Beschäftigungsverbot aussprechen. In den Kliniken sind die Impfquoten hoch, doch das Personal knapp. Der Verlust von Mitarbeitern würde problematisch. Wie sich die Krankenhäuser darauf einstellen.

Schimmel-Schock lässt Wohntraum platzen

■ **Bielefeld.** Eine junge Familie ist verzweifelt: Seit dem heftigen Schneefall vor einem Jahr kann sie mehrere Räume nicht mehr nutzen und sucht dringend ein neues Zuhause – bisher vergeblich.

Arminen-Fan genießt in Frankfurt den Sieg

■ **Bielefeld.** Der ehemalige Bielefelder Jens Meyer lebt in Frankfurt, hält aber weiter zur Arminia. Beim Auswärtssieg war er einer von 500 Fans – und hatte am Montag im Büro seinen Spaß.

Zwischen Weser und Rhein

Impfpass verloren: Was zu tun ist

■ **Bielefeld.** Wenn der Impfpass im Alltag verloren oder kaputt geht, muss Ersatz her. Hier gibt es die wichtigsten Fragen und Antworten auf einen Blick.

Wer im Alter die Pflegekosten zahlt

■ **Bielefeld.** Ob ambulant oder stationär – gute Pflege ist teuer. Welchen Anteil Pflegebedürftige selbst aufbringen müssen, wann sich eine Versicherung lohnt und was beachtet werden sollte.

Sport

Erster Corona-Fall im Team Deutschland

■ **Bielefeld.** Glück müssen die 148 deutschen Olympia-Athleten haben, um gesund und ohne Omikron-Infektion bei den Peking-Spielen zu starten. Einen ersten Fall in China gibt es schon.

Aus aller Welt

Amokläufer tötet Studentin in Heidelberg

■ **Heidelberg.** Bei einem Amoklauf während einer Vorlesung an der Universität Heidelberg hat ein 18-Jähriger eine 23-jährige Kommilitonin erschossen. Drei Menschen wurden verletzt.

WETTER



3° Vormittag



5° Nachmittag



1° Nacht

Die *schräge* Meldung

■ **Moosburg.** Keine gute Idee: Ein Mann hat in Oberbayern ein Selfie mit Joint im Mund gemacht, als er neben einem Bundespolizisten stand. Der Beamte wartete am Bahnhof Moosburg auf den Zug zur Dienststelle am Münchner Flughafen, als er den typisch süßlichen Haschisch-Geruch bemerkte. Der Mann, der die Drogen rauchte, hielt sich gerade das Handy vors Gesicht. Der Beamte nahm die Personalien des 38-Jährigen auf. Später ließ der noch einen weiteren Joint an seinem Platz im Zug liegen.

Kultur

Wenn Lieder auf dem Index landen

■ **Berlin.** Sex zwischen Bruder und Schwester ist verboten, die Verherrlichung von Inzest gilt als jugendgefährdend. Deswegen steht der Ärzte-Song „Geschwisterliebe“ seit 35 Jahren auf dem Index. Die Liste der Lieder, die auf dem Index landen, ist lang. Allein 2020 gab es 874 Verfahren.



Foto: epd

Benedikts Geständnis

■ **Rom.** Im Dezember noch behauptet Benedikt XVI. wiederholt und schriftlich, er sei als Münchner Erzbischof nicht in einer Sitzung über einen pädophilen Priester dabei gewesen. Jetzt revidiert er sich. Er habe in seiner schriftlichen Aussage einen Fehler bei der „redaktionellen Bearbeitung begangen“. In Wahrheit sei er eben doch bei der Sitzung gewesen. Die Falschaussage sei aber „versehentlich“ geschehen, beteuert der frühere Pontifex. Seine Kritiker besänftigt das nicht. „Peinlich“ sei das Verhalten von Joseph Ratzinger, heißt es von der katholischen Reformbewegung „Wir sind Kirche“.

➤ Seite 3

Kanzler und Länderchefs setzen auf Durchhalten

Die Omikron-Welle rollt über Deutschland hinweg. Die Botschaft der Politik lautet: Kurs halten bei den Corona-Maßnahmen. Änderungen gibt es beim Testen.

■ **Berlin** (dpa). Trotz des rasanten Anstiegs der Infektionszahlen wollen Bund und Länder die Corona-Maßnahmen vorerst nicht verschärfen. Sie sehen im Moment aber auch keine Möglichkeit für Lockerungen. Man müsse unverändert vorsichtig bleiben, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Abend nach Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder. Noch sei unklar, wie sich die Pandemie entwickeln werde. „Jetzt aber gilt erst mal: Kurs halten!“

Bund und Länder beschlossen, weitergehende Schritte zur Infektionskontrolle zu vereinbaren, falls eine Überlastung des Gesundheitssystems droht. Zugleich vereinbarten sie, Öffnungsperspektiven für jenen Moment zu entwickeln, an dem eine Überlastung des Gesundheitssystems ausgeschlossen werden kann. Berlins Regierungschefin Franziska Giffey (SPD) betonte, die Bundesländer-Runde sei sich einig ge-

wesen, „dass eine Lockerung der Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt mit den entsprechenden Infektionszahlen nicht das Mittel der Wahl ist“.

Zur Erhöhung der Impfquote in Deutschland will die Bundesregierung laut Scholz noch stärker als bisher für den Impfschutz werben. Mit großer Anstrengung habe die Bundesregierung eine neue Kampagne zum Impfen und Boostern aufgelegt. Neben Plakaten mit der Motto-Aufschrift

„Impfen hilft“ solle es verstärkt Aufrufe im Radio und auch auf Social-Media-Plattformen geben.

Bund und Länder beschlossen, die begrenzten Kapazitäten für PCR-Tests zu erhöhen. Dazu müssten alle Anstrengungen unternommen werden, heißt es im Beschluss. Zugleich wurde festgehalten, dass es bei aufretenden Engpässen unabdingbar sei, Priorisierungen vorzunehmen.

Die Länder nahmen den Be-

schluss der Gesundheitsministerkonferenz zur Kenntnis, die begrenzt verfügbaren PCR-Tests auf besonders gefährdete, vulnerable Gruppen zu konzentrieren sowie auf Beschäftigte, die diese betreuen und behandeln. Es handle sich um das Personal insbesondere in Krankenhäusern, Praxen, in der Pflege und für Personen mit dem Risiko schwerer Krankheitsverläufe. Bei diesen soll ein Verdacht auf eine Infektion weiter durch einen PCR-Test abgeklärt werden. Wie die Nationale Teststrategie im Detail künftig aussieht, muss aber noch vereinbart werden.

Die Bundesregierung will zudem prüfen, ob die Wirtschaftshilfen und die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld über den März hinaus verlängert werden. Im Beschluss heißt es, man sei sich einig, dass zeitnah über eine Fortführung und Ausgestaltung der Hilfen entschieden werden müsse.

➤ Kommentar

Viele erwarten Ansteckung



◆ Fast ein Drittel der Bevölkerung schätzt das eigene Corona-Infektionsrisiko als hoch ein. Besonders 40- bis 59-Jährige glauben nicht, sich vor Ansteckung schützen zu können, heißt es im Corona-Monitor des Bundesinstituts für Risikobewertung.

NATO schickt Militär nach Osteuropa

Der Konflikt mit Russland verschärft sich weiter. Großbritannien und die USA ziehen Botschaftspersonal aus der Ukraine ab.

■ **Brüssel** (AFP). Wegen der Spannungen mit Russland verstärkten die NATO ihre Militärpräsenz in Osteuropa: Das Bündnis erklärte, eine Reihe von Mitgliedstaaten wollten zusätzliche Kampfflugzeuge und Marineschiffe in die Ostsee und osteuropäische Länder wie Litauen, Rumänien und Bulgarien entsenden.

Die USA und Großbritannien kündigten zudem den teilweisen Abzug ihres Botschaftspersonals aus der Ukraine an. Hintergrund sind Befürchtungen, dass Russland in dem Nachbarland einmarschieren könnte.

Die NATO erklärte, die Ver-

bündeten setzten ihre Truppen in Bereitschaft und verstärkten ihre Maßnahmen zur Abschreckung und Verteidigung, „während Russland seine militärische Aufrüstung in und um die Ukraine fortsetzt“.

Kampffjets, Fregatten, Marineeinheiten

Frankreich wolle Truppen unter NATO-Kommando nach Rumänien schicken, Spanien die Marineeinheiten des Bündnisses stärken. Dänemark entsende eine Fregatte in die Ostsee und vier F-16-

Kampffjets nach Litauen. Die Niederlande beteiligten sich zudem ab April an der Überwachung des NATO-Luftraums mit zwei F-35-Kampffjets in Bulgarien. Auch die USA prüfen demnach, ihre Militärpräsenz in östlichen Bündnisländern aufzustocken.

Russland hat in den letzten Wochen mehr als 100.000 Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammengezogen. Der Westen befürchtet einen Angriff. Moskau dementiert dagegen jegliche Invasionspläne und fordert schriftliche Zusicherungen von der NATO, dass sie auf eine Osterweiterung verzichtet.

➤ Seite 2

Innenminister beklagt Attacken auf Bedienstete

■ **Düsseldorf** (dpa). Beschimpfungen, Pöbeleien, Drohungen oder Angriffe – nach Worten von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) gehört das für Einsatz- und Rettungskräfte, Polizei und Mitarbeiter von Ordnungsbehörden mittlerweile zum Alltag. „Für manche Menschen fühlt sich die Arbeit in den letzten Monaten und Jahren nicht mehr sicher an“, sagt der Minister bei der Vorstellung eines neuen Netzwerks, das Betroffene unterstützen soll. Reul beklagt in der Corona-Pandemie eine zunehmende Aggressivität gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst. „Die Angriffe sind nicht nur häufiger geworden, sondern auch heftiger.“

Das Netzwerk „Sicher im Dienst“ soll Betroffenen helfen, Angriffe und Bedrohungen zu verarbeiten und beratend zur Seite stehen. Der Initiative gehören nach Ministeriumsangaben über 450 Mitglieder aus Behörden, Verbänden und Organisationen an. Ziel sei es etwa, Arbeitsplätze sicherer zu machen. Beschäftigte sollen zudem lernen, Gefahrensituationen rechtzeitig zu erkennen.

Die gute Nachricht Batterie statt Diesel

■ **Stuttgart** (dpa). Die Deutsche Bahn hat erstmals einen Batteriezug mit Fahrgästen auf die Reise geschickt. Nach einer Leerfahrt sei der Zug mit Kundinnen und Kunden an Bord innerhalb Baden-Württembergs von Herrenberg nach Eutingen im Gäu gefahren, sagte eine Sprecherin der Bahn. Bisher laufe der Betrieb reibungslos. Der Elektrozug soll demnach 20 Fahrten pro Tag machen. Die Deutsche Bahn und der Hersteller Alstom wollen den Batteriezug bis zum 1. Mai in einem Probetrieb im Regionalverkehr testen. Die Bahn hatte das Projekt „den nächsten großen Schritt auf dem Weg zu einer emissions-

freien Bahn in Deutschland“ genannt. In Deutschland werden insgesamt 450 Linien bislang ausschließlich mit Dieselszügen befahren.



Ein neuer Batteriezug der Deutschen Bahn. Foto: dpa

Wir sind für Sie da!

Redaktion: Tel. 05 21/55 50 • E-Mail: redaktion@nw.de
Aboservice: Tel. 05 21/55 58 88 • E-Mail: abo-service@nw.de
Anzeigenservice: Tel. 05 21/55 53 33 • E-Mail: anzeigen@nw.de
Kartenvorverkauf: Tel. 05 21/55 54 44



facebook.com/
neuewestfaelische